

#EUROPAWAHL2024

Jetzt die richtigen Weichen stellen!



Für eine zukunftsfähige Agrar- und Ernährungswirtschaft

Die im Deutschen Raiffeisenverband (DRV) organisierten genossenschaftlich orientierten Unternehmen der Agrar- und Ernährungswirtschaft bekennen sich zur nachhaltigen Transformation der Wirtschaft in Europa und zu ihrem Versorgungsauftrag der Bevölkerung mit Nahrung und Energie. Beides kann aber nur gelingen, wenn die richtigen **wirtschaftspolitischen Rahmensetzungen, gleiche Wettbewerbsbedingungen** im Binnenmarkt und **zukunftsorientierte Weichenstellungen** für alle Sparten der genossenschaftlichen Unternehmen geschaffen werden.



Dazu fordert der DRV folgendes:

1. Wirtschaftspolitische Rahmensetzungen

Entlastungen bei Berichts- und Dokumentationspflichten schaffen!

Wichtige Nachhaltigkeitsprojekte, so bspw. die EU-Lieferkettenrichtlinie oder die EU-Verordnung über entwaldungsfreie Lieferketten (EUDR) dürfen nicht zu neuer Bürokratie führen, sondern müssen soweit möglich auf bestehenden Systemen aufbauen. Doppelte Berichtspflichten müssen identifiziert und anschließend zusammengeführt oder abgeschafft werden. Eine Umsetzung der EUDR muss rechtssicher erfolgen, dies scheint zum aktuellen Startzeitpunkt kaum möglich, da viele EU-Mitgliedstaaten keine zuständigen nationalen Stellen benannt haben und auch das Benchmarking der EU-Kommission bis jetzt nicht feststeht.

Bürokratieabbau in der Agrar- und Ernährungswirtschaft vorantreiben!

Insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen werden zunehmend durch überbordende Auflagen belastet und in ihrer Entwicklung gebremst. Es braucht einen umgehenden Stopp für zusätzliche bürokratieaufbauende Maßnahmen. Die Unionsdatenbank für Biokraftstoffe muss dringend vereinfacht werden. Gleichzeitig gilt es, nach dem "one in, two out"-Prinzip den dringend notwendigen Bürokratieabbau voranzutreiben.

Kreditversorgung in der Agrar- und Ernährungswirtschaft sichern!

Die umfangreichen Regelungen zu Sustainable Finance gefährden die Finanzierung von genossenschaftlich orientierten Unternehmen. Eine pauschale Benachteiligung der Agrar- und Ernährungswirtschaft und der sie finanzierenden Banken beim Nachhaltigkeitsrating lehnt der DRV ab. Das Genossenschaftsmodell muss als besonders nachhaltige Wirtschaftsform anerkannt werden.

2. Gleiche Wettbewerbsbedingungen

Einheitliche nationale Umsetzung europäischer Standards gewährleisten!

Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft darf nicht durch unterschiedliche Standards auf dem EU-Binnenmarkt gefährdet werden. Deshalb braucht es die Umsetzung EU-rechtlicher Vorgaben in nationales Recht ohne zusätzliche Verschärfungen für die Wirtschaft sowie die einheitliche Umsetzung europäischer Standards in allen Mitgliedstaaten.

Bezahlbare, verlässliche und klimafreundliche Energieversorgung sichern!

Die genossenschaftlichen Unternehmen sind auf sichere und bezahlbare Energie angewiesen. Deshalb muss Europa unabhängiger von Drittstaaten werden. Gleichzeitig ist Klimaschutz ein zentrales Anliegen der Genossenschaften.

#EUROPAWAHL2024

Jetzt die richtigen Weichen stellen!



Beides zusammenzubringen wird nur gelingen, wenn wir Weiterentwicklungen technologieoffen denken, die Energieeffizienz erhöhen und den Ausbau der erneuerbaren Energien vorantreiben.

Haltungs- und Qualitätsregelungen herrschen, gilt es auszuschließen. Tiertransporte dürfen nicht durch zusätzliche zeitliche oder regulatorische Auflagen weiter eingeschränkt werden.

3. Zukunftsorientierte Weichenstellungen

Gemeinsame Agrarpolitik sinnvoll weiterentwickeln!

Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2027 muss die Belange und Strukturen der Genossenschaften und Erzeugerorganisationen stärker berücksichtigen. Dies betrifft u.a. die Förderung der Marktorganisation im Bereich Obst und Gemüse und den Ausbau der bestehenden Junglandwirteförderung für juristische Personen. Die zukünftige GAP muss insgesamt einfacher werden und zusätzliche Gemeinwohlleistungen angemessen honorieren.

Selbstversorgungsgrade nicht gefährden – Innovationen ermöglichen!

Die angestrebte Erhöhung des EU-Selbstversorgungsgrades von pflanzlichen Erzeugnissen muss mit neuen Vorgaben zum Umgang mit Pflanzenschutzmitteln abgestimmt sein. Reduktionsziele oder Verbote in bestimmten Gebieten müssen praktisch umsetzbar sein und dürfen die Ernährungssicherung nicht gefährden. Es braucht eine Anpassung des EU-Gentechnikrechts an den Stand der Wissenschaft, die die Potenziale neuer Züchtungsmethoden durch differenzierte Regelungen nutzbar macht. Für einen noch effizienteren Einsatz von Betriebsmitteln muss die satelliten- und sensorgestützte Präzisionslandwirtschaft verstärkt gefördert werden. Der Staat muss Daten zur Verfügung stellen - die Anwendungssoftware wird von Unternehmen entwickelt.

Geeignete Rahmenbedingungen für die Tierische Veredelung schaffen!

Es braucht europaweit einheitliche Anforderungen im Bereich der Standards von Tierhaltung, Tiertransporten und Regelungen zum Tierwohl. Wettbewerbsnachteile und eine Abwanderung der tierischen Veredelung ins EU-Ausland, wo meist niedrigere

Über den Deutschen Raiffeisenverband e.V.

Der DRV ist der politische Spitzenverband aller Genossenschaften und genossenschaftlich orientierten Unternehmen der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft. Als wichtiges Glied der Wertschöpfungskette Lebensmittel erzielen die 1.693 Mitgliedsunternehmen in der Erzeugung, im Handel und in der Verarbeitung pflanzlicher und tierischer Produkte mit 114.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie 6.000 Menschen in Ausbildung einen Umsatz von 85,6 Milliarden Euro. Landwirte, Gärtner und Winzer sind die Mitglieder und damit Eigentümer der Genossenschaften.

Ansprechpartner:

Christoph Metzner
Leiter Public Affairs

Tel. +49 30 856214-471

metzner@drv.raiffeisen.de
www.raiffeisen.de

Paula Pickert
Public Affairs

Tel. +49 30 856214-536

pickert@drv.raiffeisen.de

Deutscher Raiffeisenverband e.V.
Pariser Platz 3 • 10117 Berlin

Der DRV ist registrierter Interessenvertreter im Sinne des Lobbyregistergesetzes (Registernr.: R001376) und hat den Verhaltenskodex des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung akzeptiert.